

Tarifpolitischer Jahresbericht 2015: harte Arbeitskämpfe und kräftige Reallohnsteigerungen

Das Tarifgeschehen 2015 wurde durch eine Reihe von harten Arbeitskämpfen geprägt: im Sozial- und Erziehungsdienst, bei den Zustellern der Deutschen Post AG, im Konflikt zwischen der Deutschen Bahn AG und der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) sowie zwischen der Deutschen Lufthansa und der Vereinigung Cockpit. Gestreikt wurde auch bei der Berliner Charité und wiederholt bei Amazon. Umfangreiche Warnstreiks gab es ferner in der regulären Lohnrunde in der Metallindustrie. Die jahresbezogene Tarifanhebung fiel mit durchschnittlich 2,7 % niedriger aus als im Vorjahr, bewirkte aber wegen der sehr schwachen Verbraucherpreisentwicklung eine reale Tarifsteigerung von 2,4 %.

REINHARD BISPINCK, WSI-TARIFARCHIV

1. Das Tarifjahr im Überblick

1.1 Rahmenbedingungen und Forderungen

Tarifpolitik im Jahr 2015 bedeutete auch Tarifverhandlungen im „Jahr eins“ des gesetzlichen Mindestlohnes. Das war vor allem in den Niedriglohnbranchen von mehr als nur symbolischer Bedeutung. Dort ging es für die gewerkschaftliche Tarifpolitik vor allem darum, die bereits im Vorjahr begonnene Anpassung der Tariflöhne an das Mindestlohn-niveau fortzusetzen und nach Möglichkeit zum Abschluss zu bringen (vgl. Abschnitt 3). Die Auseinandersetzungen um die vermuteten Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohnes auf den Arbeitsmarkt und die gegebenen Lohn- und Verteilungsstrukturen hatten allerdings für die allgemeine Lohnrunde in den anderen Branchen keine große Bedeutung. Hier spielten wie üblich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine strukturierende Rolle.

Die konjunkturelle Entwicklung *im Vorfeld der Tarifrunde 2015* war vergleichsweise günstig, denn nach einer Abschwächung im 2. Quartal 2014 nahmen die realen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahresverlauf weiter zu. Für das Jahr 2015 prognostizierten die Wirtschaftsforschungsinstitute mehrheitlich ein reales Wachstum zwischen 1,5 und 2,0 % und einen Anstieg der Verbraucherpreise überwiegend zwischen 0,5 und 1,5 %. Die Entwicklung auf

dem Arbeitsmarkt verlief 2014 verhalten positiv (BA 2015): Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresverlauf um 400.000 (+ 1,0 %), bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fiel der Zuwachs mit 1,8 % stärker aus. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging 2014 um knapp 4,0 % zurück, die Arbeitslosenquote sank von 6,7 auf 6,2 %. Auch im Jahr 2015 hielt die positive Entwicklung an (BA 2016).

Aus Sicht der Gewerkschaften sollte die wirtschaftliche Entwicklung durch eine angemessene Lohnentwicklung begleitet werden. Ein „kräftiges Lohnplus stärkt Konjunktur“ formulierte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) zum Auftakt der Lohnrunde und stützte sich auf die Konjunkturprognose des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) (DGB 2015; IMK 2014).

Die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften bewegten sich in der diesjährigen Tarifrunde zwischen 4,8 und 6,4 % und damit in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Für den privatwirtschaftlichen Bereich war die Forderung der IG Metall von 5,5 % für die Metall- und Elektroindustrie eine wichtige Orientierungsgröße, die auch in einer Reihe weiterer Branchen zur Grundlage der Tarifforderung genommen wurde. Unter dieser Marke blieb die chemische Industrie, wo die IG BCE eine Erhöhung von 4,8 % forderte. Höhere Forderungen gab es bei der Deutschen Bahn, die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) forderte 6,0 %, und für das Gebäudereinigerhandwerk belief sich die Forderung der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) auf 6,4 %.

Auch in dieser Tarifrunde spielten Forderungen mit einer ausgeprägten „sozialen Komponente“ eine wichtige Rolle. Im öffentlichen Dienst, im Einzelhandel und im Versicherungsgewerbe forderten die Gewerkschaften neben einer prozentualen Erhöhung eine Entgeltanhebung um monatlich mindestens 127 € bis 175 €. Neben den reinen Entgeltforderungen spielten in einigen Tarifbereichen auch qualitative Tarifforderungen eine Rolle: Sie bezogen sich u. a. auf die Übernahme der Ausgebildeten, die Weiterentwicklung von Demografie-Tarifverträgen, die Fortschreibung von Altersteilzeitregelungen und die betriebliche Altersversorgung.

Wegen der lang laufenden Abschlüsse aus den Vorjahren gab es 2015 in einigen Branchen keine Lohnrunde, zum Beispiel im Bauhauptgewerbe, in der Druckindustrie, im Bankgewerbe und im öffentlichen Dienst (Bund und Gemeinden).

1.2 Tarifabschlüsse

Am 24.02.2015 setzte die IG Metall in der Metallindustrie nach umfangreichen Warnstreiks den ersten wichtigen Tarifabschluss des Jahres durch. Er umfasste eine Tarifierhöhung von 3,4 % ab April 2015. Für die Monate Januar bis März wurde eine Pauschale von insgesamt 150 € gezahlt. Die Laufzeit beträgt 15 Monate bis März 2016 (*Übersicht 1*).

Der zweite bedeutende Abschluss erfolgte am 27.03. in der chemischen Industrie. Hier einigten sich die Tarifparteien auf eine Anhebung der Tarifentgelte nach einem Nullmonat um 2,8 % bei einer Laufzeit von 17 Monaten. Ferner wurde eine Aufstockung des Demografiefonds von derzeit 338 € auf 550 € je Beschäftigtem und Jahr für 2016 und eine weitere Aufstockung auf 750 € ab 2017 vereinbart.

Einen Tag später erfolgte der Abschluss im öffentlichen Dienst der Länder: nach zwei Nullmonaten (Januar und Februar) wurden die Entgelte ab März 2015 um 2,1 % und ab März 2016 um weitere 2,3 % (mindestens 75 €) erhöht. Die Laufzeit beträgt 24 Monate bis Dezember 2016. Kürzungen bei der Altersversorgung (VBL) konnten vermieden werden, aber es wurden Zusatzbeiträge der Beschäftigten in drei Schritten vereinbart.

Der seit Mitte 2014 schwelende Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn AG konnte Mitte des Jahres schrittweise geklärt werden. Die EVG erreichte am 27.05. eine Tarifierhebung von 3,5 %, mindestens 80 €/Monat, ab Juli 2015 sowie eine weitere Anhebung um 1,6 %, mindestens 40 €/Monat, ab Mai 2016, Laufzeit insgesamt 26 Monate. Darüber hinaus wurden zahlreiche weitere tarifliche Regelungen für bestimmte Berufsgruppen, zu Arbeitszeitkonten und zum Thema „Arbeit 4.0“ vereinbart. Ende Juni einigten sich nach mehreren Streikwellen und einem mehrwöchigen Schlichtungsverfahren die Deutsche Bahn AG und die GDL beim Entgelt auf die Übernahme des Tarifiergebnisses der EVG sowie auf eine Verkürzung der Referenzarbeitszeit der Lokführer von 39 auf 38 Stunden ab 2018. Ferner wurden ein Bundesrahmentarifvertrag für das GDL-Zugpersonal sowie Maßnahmen zur Belastungsreduzierung vereinbart. Ein neues

Schlichtungsabkommen erlaubt die verpflichtende Anrufung der Schlichtung durch eine Tarifpartei, und die Deutsche Bahn AG garantiert der GDL eine Tarifpartnerschaft mindestens bis 2020.

Die Tarifverhandlungen zu einer grundlegenden Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes im öffentlichen Dienst führten nach einem vierwöchigen Streik zu einem Schlichtungsergebnis mit einer Entgeltanhebung zwischen 2 und 4,5 %, das jedoch in einer ver.di-Mitgliederbefragung mehrheitlich abgelehnt wurde. Nach erneuten Verhandlungen, die zu gewissen Ergebnisverbesserungen führten, konnte eine Einigung erzielt werden. Sie brachte im Schnitt eine Anhebung der Tarifentgelte um 3,7 %, für die in einer Urabstimmung rund 57 % der Mitglieder der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und 72 % der Mitglieder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) votierten.

Bei der Deutschen Post AG führte die Tarifspaltung und -absenkung für die Beschäftigten in den neu gegründeten DHL Delivery GmbHs zu einer entschiedenen Gegenwehr von ver.di. Der Mitte Mai begonnene und Zug um Zug ausgeweitete bundesweite Streik führte am 05.07. u. a. zu folgendem Verhandlungsergebnis: Verlängerung der Beschäftigungssicherung bis Ende 2019, Ausschluss der Fremdvergabe in der Brief- und Verbundzustellung bis Ende 2018 sowie eine unbefristete Übernahme von Beschäftigten mit Eignung und einem befristeten Arbeitsverhältnis von über 24 Monaten am Stichtag 01.07.15. Die Gründung der Regionalgesellschaften wird *nicht* rückgängig gemacht. Vereinbart wurde des Weiteren folgende Tarifierhöhung: 400 € Pauschale für Juni 2015 bis September 2016, 2,0 % ab Oktober 2016, weitere 1,7 % Stufenerhöhung ab Oktober 2017, Laufzeit 32 Monate bis Januar 2018 (zu weiteren Tarifabschlüssen vgl. *Übersicht 1* sowie zu den einzelnen Tarifrunden im Detail Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2015a).

Aus Sicht der Arbeitgeberverbände brachte das Tarifjahr 2015 „vertretbare Tarifabschlüsse“. Es sei gelungen, „den Kurs einer moderaten, branchendifferenzierten und teilweise auch flexiblen Tariflohnpolitik weiter fortzusetzen“, resümiert die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrem Jahresbericht (BDA 2015, S. 49). Kritisiert wurde allerdings das „bislang nicht dagewesene Ausmaß von Streikmaßnahmen“ (ebd.), was den Präsidenten von Gesamtmetall, Rainer Dulger, zu der Bemerkung veranlasste: „Wir sind auf dem Weg zu englischen Verhältnissen“ (ebd. S. 50). Hintergrund dieser Einschätzung ist das am 10. Juli in Kraft getretene Tarifeinheitsgesetz, das sicherstellen soll, dass im Fall von Tarifkollisionen in den Betrieben nur die Tarifregelungen der jeweils mitgliederstärksten Gewerkschaft gelten (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2015b). Insbesondere der Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn AG war vom Tarifeinheitsgesetz beeinflusst. Mehrere Gewerkschaften legten Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz ein. Anträge auf einstweilige Anordnungen wurden vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zurückgewiesen (siehe Pressemitteilung Nr. 73/2015 vom 9. Oktober 2015). Das BVerfG strebt eine endgültige Entscheidung bis Ende 2016 an.

ÜBERSICHT 1

Ausgewählte Tarifforderungen und -abschlüsse in der Tarifrunde 2015

Abschluss	Tarifbereich	Forderung	Lohn, Gehalt, Entgelt	
			2015	2016
24.02.	Metallindustrie	5,5%	150 € Pauschale für 3 Mon. 3,4% ab 04/2015 LZ 15 Mon. bis 03/2016	
04.03.	Volkswagen AG	5,5%	3 Nullmonate 3,4% ab 06/2015 LZ 15 Mon. bis 05/2016 450 € Rentenbaustein insg. für 2015/2016	
11.03.	Steinkohlenbergbau	realer Einkommenszuwachs	600 € für 4 Mon. 3,6% ab 05/2015 LZ 24 Mon. bis 12/2016	
27.03.	Chemische Industrie	4,8%	1 Nullmonat 2,8% regional unterschiedlich ab 04/05/06/2015 LZ 17 Mon. bis 07/08/09/2016	
28.03.	Öffentlicher Dienst, Länder (o. Hessen)	5,5% mind. 175 €	2 Nullmonate 2,1% ab 03/2015	2,3% (mind. 75 €) ab 03/2016 LZ 24 Mon. bis 12/2016
30.03.	Textilindustrie Ost	5,0%, Angleichung an West-Niveau	1 Nullmonat 3,0% ab 05/2015	2,3% ab 08/2016 LZ 25 Mon. bis 04/2017
20.04.	Energiewirtschaft Ost (AVEU)	5,6% (ver.di), deutliche Erhöhung (IG BCE)	2,5% ab 05/2015	800 € zusätzliche Einmalzahlung im April 2016 LZ 22 Mon. bis 02/2017
13.05.	Kfz-Gewerbe Bayern	5,5%	1 Nullmonat 3,0% ab 06/2015	2,8% ab 10/2016 LZ 25 Mon. bis 05/2017
22.05.	Versicherungsgewerbe	5,5% mind. 160 €	5 Nullmonate 2,4% ab 09/2015 und 100 € Einmalzahlung für die Entgeltgr. A und B	2,1% ab 10/2016 und 100 € Einmalzahlung für die Entgeltgr. A und B LZ 24 Mon. bis 03/2017
27.05.	Deutsche Bahn AG	6,0% mind. 150 € (EVG)	1.100 € Pauschale für 11 Mon. 3,5% mind. 80 € ab 07/2015	1,6% mind. 40 € ab 05/2016 LZ: 26 Mon. bis 09/2016
02.06.	Süßwarenindustrie NRW	5,5%	2,7% ab 04/2015	2,4% ab 04/2016 LZ 24 Mon. bis 03/2017
12.06.	Papier erzeugende Industrie	5,0%	2,4% ab 07/2015	2,4% ab 09/2016 LZ 24 Mon. bis 06/2017
23.06.	Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg	5,5%	2 Nullmonate 2,7% ab 06/2015	2,0% ab 04/2016 90 € zusätzliche Einmalzahlung im April 2016 LZ 24 Mon. bis 03/2017
05.07.	Deutsche Post AG	5,5%	400 € Pauschale für 16 Mon.	2,0% ab 10/2016 1,7% ab 10/2017 LZ 32 Mon. bis 01/2018
09.07.	Einzelhandel Baden-Württemberg	1 €/Stunde 1.850 €/Mon. Mindesteinkommen	3 Nullmonate 2,5% ab 07/2015	2,0% ab 04/2017 LZ 24 Mon. bis 03/2017
30.07.	Tischlerhandwerk Nordwestdeutschland	5,0%	1 Nullmonat 2,7% ab 09/2015	2,3% ab 01/2017 LZ 24 Mon. bis 07/2017
24.09.	Priv. Verkehrsgewerbe Brandenburg (Speditionen und Logistik)	5,5% Angleichung an Berlin-West	1 Nullmonat 2,5% ab 09/2015	20 € mtl. Sockelbetrag plus 2,0% ab 10/2016 LZ 29 Mon. bis 12/2017
30.09.	Öffentlicher Dienst Aufwertung Sozial- und Erziehungsdienst	Ø 10,0%	Ø 3,73% ab 07/2015 LZ 5 Jahre bis 06/2020	
20.10.	Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	5,3%	650 € Pauschale für 2 Mon. 2,4% ab 12/2015 LZ 26 Mon. bis 11/2017	
30.10.	Gebäudereinigerhandwerk	6,4% (LG 1: 80 Ct./Std.), Angleichung Ost- an West-Niveau	2 Nullmonate	2,6/3,7% ab 01/2016 2,1/3,8% ab 01/2017 jew. im Durchschnitt West/Ost, LZ 24 Mon. bis 10/2017
26.11./03.12.	Eisen- und Stahlindustrie NRW, Ost	5,0%	200 € Pauschale für 2 Mon.	2,3% ab 01/2016 LZ 16 Mon. bis 02/2017

Mon. = Monat(e); LZ= Laufzeit.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2015.

2. Tarifentwicklung – Daten zur Tarifstatistik

Die DGB-Gewerkschaften schlossen 2015 in ganz Deutschland Lohn- und Gehaltstarifverträge für rund 12,5 Mio. Beschäftigte ab, davon für rund 10,8 Mio. in den alten und 1,7 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht gut 61 % der von Tarifverträgen erfassten Beschäftigten. Für weitere 6,8 Mio. Beschäftigte traten Stufenerhöhungen in Kraft, die bereits 2014 oder früher vereinbart worden waren. Bei rund 1,1 Mio. Beschäftigten liefen 2015 oder früher die Vergütungstarifverträge aus, aber es kam bis zum Jahresende (noch) nicht zu Neuabschlüssen bzw. laufende Tarifverträge sehen für 2015 keine Tarifierhebung vor.

2.1 Abschlussrate

Die tarifliche Abschlussrate beläuft sich gesamtwirtschaftlich im Durchschnitt auf 4,3 % (2014: 5,1 %), in Westdeutschland beträgt die Rate 4,2 %, in Ostdeutschland 4,6 %. Die Abschlussrate schließt *alle*, ggf. auch 2016 und später in Kraft tretenden *tabellenwirksamen* Erhöhungen ein. Nicht berücksichtigt werden Pauschal- und zusätzliche Einmalzahlungen, die sich nicht dauerhaft in den Tariftabellen niederschlagen.

Diese Gesamtabschlussraten sind nur von begrenzter Aussagekraft, weil sie sich immer auf die gesamte, je nach Tarifbereich sehr unterschiedlich lange Laufzeit der Tarifabkommen beziehen. Berücksichtigt man lediglich die *im Jahr 2015* abgeschlossenen und auch in Kraft getretenen Tarifierhöhungen, ergibt sich eine Abschlussrate von 2,9 % (West: 2,9 %, Ost: 3,1 %). Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich für 2015 eine Streuung zwischen 2,1 % im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung und 5,8 % im Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Zu berücksichtigen ist stets, dass die Erhöhungen zu verschiedenen Zeitpunkten im Jahresverlauf wirksam wurden und damit auch die Auswirkungen auf die Tarifvergütungen des Jahres 2015 unterschiedlich waren.

Im Jahr 2015 spielten „Nullmonate“ bei den Tarifabschlüssen eine deutlich größere Rolle als im Vorjahr. Für rund 11,5 Mio. (2014: 4,5 Mio.), das entspricht rund 92 % (2014: 59 %) der von Neuabschlüssen begünstigten Beschäftigten, gab es Tarifabschlüsse mit verzögerter Anpassung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. Die Zahl der Verzögerungsmonate lag mit durchschnittlich 3,4 deutlich über dem Vorjahr mit einem Wert von 2,3 Monaten. Ursache dafür sind Tarifabschlüsse in einzelnen Branchen nach langen tariflosen Zeiten (u. a. Gartenbau).

36 % der betroffenen Beschäftigten mussten ein oder zwei Monate auf die reguläre Tarifierhebung warten, weitere 50 % erhielten nach drei Monaten ihre erste Tarifsteigerung, für 6 % dauerte es vier Monate und länger. Für 4,2 Mio. (34 %) der Beschäftigten vereinbarten die Gewerkschaften als Ausgleich Pauschalzahlungen, die durchschnittlich 55 € (West: 55 €, Ost: 53 €) im Monat betrugen.

2.2 Laufzeiten

Der seit rund zehn Jahren zu beobachtende Trend zu fast zweijährigen Laufzeiten hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. Die Laufzeit (*Tabelle 1*) der Vergütungstarifverträge im Jahr 2015 beträgt durchschnittlich 21,1 Monate (2014: 22,4 Monate). Für knapp 5,0 Mio. Beschäftigte (40 %) laufen die Abkommen zwischen zwölf und 18 Monaten, für 7,1 Mio. (58 %) Beschäftigte sind es 24 Monate und länger. In den neuen Bundesländern laufen die neu abgeschlossenen Tarifverträge im Schnitt gut einen Monat länger als in den alten.

2.3 Jahresbezogene Tarifsteigerung

Bei der Berechnung der auf das Kalenderjahr bezogenen Steigerung der tariflichen Grundlöhne und -gehälter werden im Unterschied zur tariflichen Abschlussrate die Auswirkungen aus der unterschiedlichen Lage und Laufzeit der Tarifabkommen berücksichtigt. Auch werden ggf. im Berichtsjahr wirksam werdende Abschlüsse aus den Vorjahren sowie zusätzliche Einmalzahlungen und Pauschalzahlungen als Ausgleich für Abschlussverzögerungen mit einbezogen. Die jahresbezogene Tarifsteigerung setzt die durchschnitt-

TABELLE 1

Laufzeit der Tarifverträge

Angaben in Monaten

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
West	21,8	25,2	21,6	22,2	22,2	24,3	23,6	22,6	17,9	22,4	22,2	20,9
Ost	22,0	28,4	24,7	21,9	23,4	23,2	28,3	23,9	19,1	24,7	23,2	22,2
Gesamt	21,8	25,7	22,1	22,2	22,4	24,1	24,3	22,8	18,0	22,8	22,4	21,1

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2015.

WSI Mitteilungen

liche tarifliche Grundvergütung des gesamten Jahres 2015 zum Vorjahr in Bezug und erfasst insgesamt 19,3 Mio. abhängig Beschäftigte.

Diese kalenderjährliche Steigerung der Tarifverdienste 2015 gegenüber 2014 beträgt für ganz Deutschland 2,7 % (2014: 3,1 %). In Ostdeutschland liegt die kalenderjährliche Erhöhung mit 3,0 % deutlich höher als in Westdeutschland mit 2,6 % (Tabelle 2). Die Tarifsteigerung 2015, die sich für die länger laufenden Abschlüsse aus dem Vorjahr ergibt, liegt mit 2,7 % genauso hoch wie die für die Neuabschlüsse. In Tarifbereichen mit gut 0,5 Mio. Beschäftigten liefen Vergütungstarifverträge 2014 und 2015 aus, ohne dass neue Abschlüsse getätigt wurden.

Am höchsten fällt die jahresbezogene Tarifsteigerung mit nominal 3,5 % im Investitionsgütergewerbe aus, gefolgt vom Bereich private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck mit 3,0 % und dem Baugewerbe mit 2,8 %. Genau im Durchschnitt liegt das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 2,7 %. Um 2,6 % stiegen die tariflichen Entgelte in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe. Mit 2,4 % nur wenig dahinter rangieren die Bereiche Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft sowie Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, gefolgt vom Verbrauchsgütergewerbe mit 2,3 %. Im Handel liegt der jahresbezogene Tarifanstieg bei 1,7 %.

Die durchschnittliche jahresbezogene Tarifsteigerung 2015 von 2,7 % liegt deutlich über dem Anstieg der Lebenshaltungskosten von 0,3 %. Real stiegen die tariflichen Grundvergütungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 2,4 %.

2.4 Effektivverdienstentwicklung

Die Effektivverdienste sind im vergangenen Jahr geringfügig stärker gestiegen als im Vorjahr. Die Summe der Bruttolöhne und -gehälter stieg 2015 um 4,0 %. Je Beschäftigten ergibt sich auf Monatsbasis – nominal – ein Anstieg um 2,8 %, auf Stundenbasis um 2,3 %. Daraus ergibt sich, dass die Bruttoverdienste 2015 erneut real (preisbereinigt) gestiegen sind, und zwar um 2,5 % auf Monatsbasis bzw. 2,0 % auf Stundenbasis. Der neu eingeführte gesetzliche Mindestlohn hat dazu beigetragen, dass die Bruttoeinkommen erstmals seit länge-

TABELLE 2

Tarifsteigerungen 2015

Angaben in Prozent¹

Wirtschaftsbereich	West	Ost	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	2,1	4,0	2,4
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	2,6	1,4	2,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,5	3,1	2,6
Investitionsgütergewerbe	3,5	3,7	3,5
Verbrauchsgütergewerbe	2,3	2,5	2,3
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,6	2,8	2,7
Baugewerbe	2,6	3,3	2,8
Handel	1,7	1,7	1,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,6	2,7	2,6
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	2,6	2,6	2,6
Priv. Dienstleistungen, Organ. o. Erwerbszweck	2,7	3,9	3,0
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2,4	2,3	2,4
Gesamte Wirtschaft	2,6	3,0	2,7

¹ Jahresbezogene Erhöhung der tariflichen Grundvergütung 2015 gegenüber 2014.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2015.

WSI Mitteilungen

rer Zeit wieder etwas stärker als die Tarifeinkommen angestiegen sind.

Der neutrale Verteilungsspielraum belief sich im vergangenen Jahr auf 1,2 %; darin sind der Anstieg der Verbraucherpreise (0,3 %) und der Arbeitsproduktivität je Beschäftigtem (0,9 %) enthalten. Berücksichtigt man dagegen die Stundenproduktivität (+ 0,5 %), errechnet sich ein Verteilungsspielraum von 0,8 %. Damit lag im vergangenen Jahr die tarifliche wie effektive Lohnentwicklung erkennbar über dem neutralen Verteilungsspielraum. Legt man dagegen als Maßstab die Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (EZB) (2 %) und die Trendproduktivität (1 – 1,5 %) zugrunde, dann bleibt die tarifliche Lohnentwicklung 2015 unter dieser Marke.

2.5 Lohnangleichung Ost/West

Die tarifliche Lohnangleichung zwischen Ost- und Westdeutschland hat keine Fortschritte gemacht. Für die tariflichen Grundvergütungen ergibt sich für den Stichtag 31.12.2015 ►

TABELLE 3

Tarifniveau Ost/West, 2005–2015

Angaben in Prozent

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	94,6	95,1	95,2	96,8	96,1	96,6	96,5	97,0	97,0	97,3	97,4

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2015.

WSI Mitteilungen

folgendes Bild: Auf Basis von rund 50 Tarifbereichen/-branchen mit 1,9 Mio. erfassten Beschäftigten errechnet sich ein durchschnittliches Tarifniveau Ostdeutschlands im Vergleich zu Westdeutschland von 97,4%. Gegenüber dem Vorjahr bleibt das Niveau demnach nahezu unverändert (Tabelle 3).

2.6 Ausbildungsvergütungen

Die Steigerung der tariflichen Ausbildungsvergütungen ist wie bereits im Vorjahr auch 2015 noch einmal kräftiger ausgefallen als die allgemeine Tarifsteigerung. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung ergibt sich ein Anstieg von 3,9 % (West: 3,7 %, Ost: 4,3 %) (BIBB 2016). Je nach Tarifbereich verbergen sich hinter diesen Durchschnittszahlen große Unterschiede: Gemessen an der Ausbildungsvergütung im dritten Ausbildungsjahr variiert die Steigerung in 25 ausgewählten Tarifbereichen zwischen 1,0 und 10,3 %. In fünf der ausgewählten Tarifbereiche (Landwirtschaft, Eisen- und Stahlindustrie, Kautschukindustrie, Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie und Deutsche Post AG) sind die Ausbildungsvergütungen im vergangenen Jahr regional oder bundesweit nicht angehoben worden.

3. Gesetzlicher Mindestlohn und tarifliche Branchenmindestlöhne

Seit dem 1. Januar 2015 gilt ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 €/Stunde. Das Mindestlohngesetz erlaubt bis Ende 2016 Abweichungen durch allgemeinverbindliche Tarifverträge, die von repräsentativen Tarifparteien abgeschlossen werden. Einige Beschäftigtengruppen sind vom Mindestlohn ausgenommen¹ bzw. es gelten Sonderregelungen.² Nach der Verabschiedung des Mindestlohngesetzes konzentrierte sich die fachliche Diskussion zum einen auf die Frage der effektiven Umsetzung und Kontrolle des Mindestlohns (zum Überblick siehe Schulden et al. 2014). Zum anderen standen die Lohn- und Beschäftigungseffekte im Mittelpunkt des Interesses. Der von Vertretern der Mainstream-Ökonomie vorhergesagte Verlust von bis zu einer Million Arbeitsplätzen trat nicht ein. Der Arbeitsmarkt entwickelte sich positiv, allerdings ging die Zahl der Minijobs in einigen Bereichen zurück. Sie wurden zu einem beachtlichen Teil in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt. Die Löhne stiegen in den Niedriglohnbereichen überdurchschnittlich stark an (siehe im Einzelnen Schulden/Weinkopf 2015; Amlinger et al. 2016).

Bereits weit im Vorfeld der konkreten Mindestlohngesetzgebung reagierte die Tarifpolitik auf die politische Diskussion. In mehreren Branchen wurden vor Inkrafttreten des Gesetzes Mindestlohn-Tarifverträge abgeschlossen, die aus Sicht der Gewerkschaften der Heranführung der teils sehr niedrigen Tarifentgelte an das Mindestlohnniveau dienen sollten und aus Sicht der Arbeitgeberverbände auf die möglichst weitgehende Ausnutzung des Übergangszeitraums von zwei Jahren zielten. Dazu zählten das Friseurgewerbe, die Fleischindustrie und der Bereich Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau. Keine Einigung gelang in den Bereichen Hotel- und Gaststättengewerbe und im Taxigewerbe (vgl. Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2015b).

Zum Jahresbeginn 2016 bestanden für 19 Wirtschaftszweige branchenspezifische Mindestlöhne bzw. waren beantragt. Insgesamt arbeiten in diesen Branchen rund 4,6 Mio. Beschäftigte. Von Januar 2015 bis Januar 2016 sind nahezu alle Branchenmindestlöhne angehoben worden. Die prozentuale Steigerung bewegte sich zwischen knapp 1 % und gut 16 %. Die Branchenmindestlöhne variieren je Branche und regionalem Tarifgebiet zwischen 7,90 und 15,73 €/Stunde. Die Mehrzahl der Branchen weist Mindestlöhne von 10 €/Stunde und mehr auf.

ÜBERSICHT 2

Entwicklung ausgewählter tariflicher Branchenmindestlöhne

Angaben in Euro/Stunde

Gültig ab	West	Ost
<i>Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau</i>		
01.01.2016	8,00	7,90
01.01.2017	8,60	8,60
01.11.2017	9,10	9,10
<i>Leih-/Zeitarbeit</i>		
01.04.2015	8,80	8,20
01.06.2016	9,00	8,50
<i>Textil- und Bekleidungsindustrie</i>		
01.01.2016	8,50	8,25
01.11.2016	8,50	8,75
01.01.2017	gesetzl. Mindestlohn	gesetzl. Mindestlohn, mind. 8,75
<i>Wäschereidienstleistungen</i>		
01.10.2014	8,50	8,00
01.07.2016	8,75	8,75

Quelle: WSI-Tarifarchiv.

WSI Mitteilungen

1 Auszubildende, Jugendliche unter 18 Jahren, Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten, ehrenamtlich Tätige, bestimmte Praktikantinnen und Praktikanten (u. a. mit Pflichtpraktika, Orientierungspraktika von maximal drei Monaten, ausbildungs- oder studienbegleitende Praktika).

2 Für Zeitungszustellende und Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter.

Nur in vier Branchen liegen die Mindestlöhne noch unterhalb von 8,50 € und zwar mit Ausnahme des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau nur jeweils in den ostdeutschen Tarifgebieten. Hier wird die Ausnahmeregelung des Mindestlohngesetzes genutzt. In diesen Branchen gibt es Stufenpläne zur weiteren Anhebung der untersten Tarifvergütungen auf mindestens 8,50 € und darüber hinaus (Übersicht 2).

Durch die neuen Tarifabschlüsse und infolge der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes konnten die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren eine deutliche Verbesserung der Tarifsituation im Niedriglohnbereich erreichen. Der Anteil der Tarifgruppen unterhalb von 8,50 €/Stunde lag Anfang 2015 bei 6 %, Ende 2013 noch bei 10 %, im März 2010 noch bei 16 % (Abbildung 1).

Anfang 2016 liegen 3 % der tariflichen Vergütungsgruppen unter 8,50 €/Stunde, der Höhe des gesetzlichen Mindestlohns. Dies ergibt die Analyse von 4.492 tariflichen Vergütungsgruppen aus Tarifverträgen für 40 Wirtschaftszweige mit rund 17 Mio. Beschäftigten im Rahmen des WSI-Niedriglohn-Monitorings.

Niedrige Tarifgruppen unter 8,50 €/Stunde bestehen in 16 Branchen, zumeist begrenzt auf einzelne regionale Tarifgebiete. Die Spannweite der Vergütungsgruppen unterhalb von 8,50 €/Stunde variiert stark zwischen den Branchen. Der Anteil reicht von 1 bis zu 22 %.

In einigen Branchen ist der Anteil der Niedriglohngruppen seit 2010 besonders stark zurückgegangen. Dies gilt vor allem für das Bewachungsgewerbe, die Hotels und Gaststätten, das Fleischerhandwerk und den Erwerbsgartenbau (Abbildung 2). In der Floristik und in der Gebäudereinigung gibt es inzwischen keine Vergütungsgruppe unterhalb von 8,50 €/Stunde mehr.

4. Ausblick auf die Tarifrunde 2016

Die bereits vorliegenden Tarifierhebungen für 2016 bewegen sich, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, zwischen 2,0 und 3,7 % (Übersicht 3). Die Erfahrung zeigt allerdings, dass diese tariflichen Steigerungsraten nur begrenzten Einfluss auf die anlaufenden Tarifrunden haben. Stufenanhebungen fallen in aller Regel niedriger aus als die Tarifsteigerungen in der ersten Phase eines mehrteiligen Tarifabschlusses.

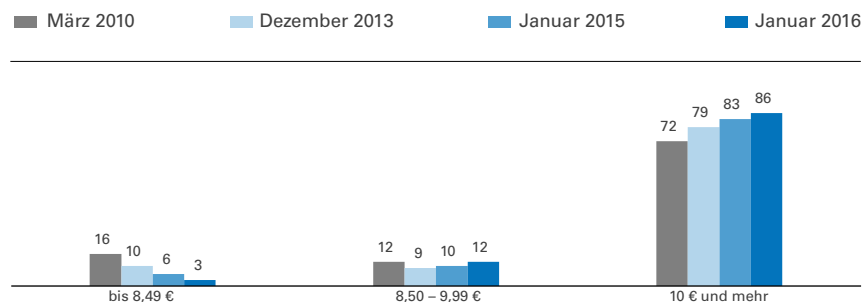
Für das Jahr 2016 rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute mehrheitlich mit einer weiteren Belebung der Wirtschaft. Das IMK prognostiziert einen realen Anstieg des BIP um 1,8 %. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt werde auch vom starken Zustrom an Flüchtlingen beeinflusst, im Jahresdurchschnitt sei aber nur mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um knapp 20.000 Personen zu rechnen (IMK 2015).

Auch in der Tarifrunde 2016 stehen Forderungen nach deutlichen Steigerungen der Tarifentgelte im Mittelpunkt. Die

ABB. 1

Tarifliche Vergütungsgruppen nach Höhe

Angaben in Prozent



Anmerkung: Abweichung zu 100% = Rundungsdifferenzen.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: Januar 2016.

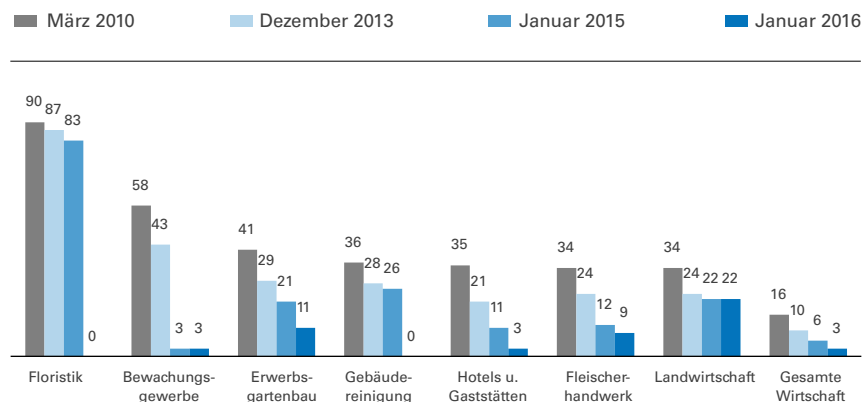
WSI Mitteilungen

bislang bekannten Tarifforderungen bewegen sich überwiegend um 5 – 5,5 %. Nach dem Kündigungsterminkalender werden im ersten Halbjahr 2016 folgende größere Tarifbereiche das Tarifgeschehen bestimmen: Es beginnen die Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie, wo die Verträge Ende 2015 ausliefen. Ende Januar folgt die Deutsche Telekom AG, im Februar der öffentliche Dienst (Bund, Gemeinden), im März die Metall- und Elektroindustrie und die Druckindustrie, im April das Bankgewerbe und das Bauhauptgewerbe, im Mai die Volkswagen AG und zwischen Juli und September die chemische Industrie. ■

ABB. 2

Tarifliche Vergütungsgruppen unter 8,50 €/Stunde

Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: Januar 2016.

WSI Mitteilungen

ÜBERSICHT 3

Vereinbarte Tarifierhebungen für 2016

Angaben in Prozent und in absoluten Zahlen

Tarifbereich	Anhebung (% u. €)	ab ... 2016	bis ...
Deutsche Bahn AG	1,6, mind. 40 €	05	09/2016
Deutsche Post AG	2,0	10	09/2017
Einzelhandel NRW	2,0	05	04/2017
Eisen- und Stahlindustrie (o. Saarland)	2,3	01	02/2017
Energiewirtschaft Ost (AVEU)	800 € EZ	04	02/2017
Gebäudereinigerhandwerk West/Ost	2,6/3,7	01	12/2016
Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg	2,0 + 90 € EZ	04	03/2017
Kfz-Gewerbe Bayern	2,8	10	05/2017
Öffentlicher Dienst (Länder o. Hessen)	2,3, mind. 75 €	03	12/2016
Papierindustrie	2,4	09	06/2017
Süßwarenindustrie NRW	2,4	04	03/2017
Textil Ost	2,3	08	04/2017
Versicherungsgewerbe	2,1	10	03/2017

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand 31.12.2015.

WSI Mitteilungen

IMK (Horn, G. et al.) (2015): Auf langsamer Fahrt. Prognose-Update: Die konjunkturelle Lage in Deutschland zur Jahreswende 2015/2016, IMK-Report (110), Dezember

Pieper, W./Wegner, A. (2015): Aufwertung muss sein – von der gewerkschaftlichen Forderung zum Konsens, in: WSI-Mitteilungen 68 (8), S. 639–641, http://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen_62503_62530.htm

Schulten, Th./Böhlke, N./Burgess, P./Vincent, C./Wagner, I. (2014): Umsetzung und Kontrolle von Mindestlöhnen. Europäische Erfahrungen und was Deutschland von ihnen lernen kann, Studie im Auftrag der G.I.B. – Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung, Arbeitspapiere (49), Bottrop

Schulten, Th./Weinkopf, C. (2015): Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns – eine erste Zwischenbilanz, in: Körzell, S./Falk, C. (Hrsg.), Kommt der Mindestlohn überall an? Eine Zwischenbilanz, Hamburg

AUTOREN

REINHARD BISPINCK, Dr., ist Leiter der Abteilung WSI und zugleich Leiter des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung.

@ reinhard-bispinck@boeckler.de

GÖTZ BAUER, MERLE FÖHR, ULRICH SCHMIDT, MONIKA SCHWACKE-PILGER, ANDREA TAUBE, MONIKA WIEBEL UND JASMINA ZIOUZI sind Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im WSI-Tarifarchiv.

LITERATUR

Amlinger, M./Bispinck, R./Schulten, Th. (2016): Ein Jahr Mindestlohn in Deutschland – Erfahrungen und Perspektiven, WSI-Report 28, 1/2016, Düsseldorf

BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) (2015): Geschäftsbericht 2015, Berlin

BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) (2016): Weiterhin günstige Verdienstentwicklung für Auszubildende – Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2015, Pressemeldung vom 7.1.

Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv (2015a): Tarifpolitischer Halbjahresbericht 2015. Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2015, Düsseldorf, Juli

Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv (2015b): Tarifpolitischer Jahresbericht 2014.

Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv (2016): WSI Niedriglohn-Monitoring 2016. Entwicklung der tariflichen Vergütungsgruppen in 40 Wirtschaftszweigen, Elemente qualitativer Tarifpolitik (81), Düsseldorf

Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv (2016): WSI Niedriglohn-Monitoring 2016. Entwicklung der tariflichen Vergütungsgruppen in 40 Wirtschaftszweigen, Elemente qualitativer Tarifpolitik (81), Düsseldorf

BA (Bundesagentur für Arbeit) (2015): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Dezember und das Jahr 2014, Nürnberg

BA (Bundesagentur für Arbeit) (2016): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Dezember und das Jahr 2015, Nürnberg

DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) (2015): Kräftiges Lohnplus stärkt Konjunktur, Klartext 2/2015, 15.01.

DGB Bundesvorstand, Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik

(2015): DGB-Besoldungsreport 2015. Die Entwicklung der Einkommen der Beamtinnen und Beamten von Bund, Ländern und Kommunen, Berlin

IG Metall (2013): Arbeit: sicher und fair! Die Befragung. Ergebnisse, Zahlen, Fakten, Frankfurt a. M.

IG Metall (o. J.): Bildungsteilzeit – Herausforderungen und Perspektiven, Frankfurt a. M.

IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung), Arbeitskreis

Konjunktur (2014): Konjunktur nimmt allmählich Fahrt auf. Prognose-Update: Deutsche Konjunktur zur Jahreswende 2014/2015, IMK Report (101), Dezember, Düsseldorf